

5./IV. 1916

## Ablösung der Budapester Straßenbahn durch die Hauptstadt.

Budapest, 4. April.

Vor einigen Wochen ist in kommunalen Kreisen ein Gerücht kolportiert worden, das zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben hat. Es hieß, daß eine Fusion der Stadtbahn mit der Straßenbahn bevorstehe. Dieses Gerücht wurde jedoch von zuständiger Seite dementiert, und auch wir stellten die Grundlosigkeit des Gerüchtes fest. Von einer Fusion der beiden Gesellschaften ist auch tatsächlich keine Rede, die leitenden Persönlichkeiten der Hauptstadt haben eine andere Transaktion im Auge: die Ablösung der Straßenbahn. Aus authentischer kommunaler Quelle haben wir hierüber folgendes erfahren:

Der Grundbenützungsvertrag der Budapester Straßenbahn-Gesellschaft läuft im Jahre 1923, also bereits in sieben Jahren, ab. In diesem Jahre hat die Hauptstadt das Recht, die Straßenbahn auf der Basis des Durchschnittes des in den letzten sieben Jahren erzielten Einkommens abzulösen. Der Zyklus dieser letzten sieben

Jahre hat nun mit dem laufenden Jahre begonnen und dieser Umstand hat die Frage angeregt, ob die Hauptstadt nicht schon jetzt versuchen solle, die Straßenbahn an sich zu bringen. Die Hauptstadt würde in diesem Falle um mehrere Jahre früher in den Besitz der weitverzweigten und verkehrsreichen Bahn gelangen und — da die zweite Elektrische, die Stadtbahn, sich bereits in kommunaler Verwaltung befindet — um ebenso viele Jahre früher eine einheitliche Verkehrs- politik inauguriert, einheitliche Tarife feststellen können. Von welcher Bedeutung aber eine einheitliche Verkehrspolitik für die künftige Entwicklung der Hauptstadt und nicht in letzter Reihe auch für die Finanzen der Kommune wäre, braucht nicht des näheren erörtert zu werden. Seit kurzem sind in der Tat bereits die ersten Schritte zur Verwirklichung der erwähnten Transaktion im Gange; zwischen den Leitern der Kommune einerseits und der Straßenbahn-Gesellschaft andererseits werden Besprechungen gepflogen, die jedoch, wie uns versichert wird, bisher zu keinem definitiven Ergebnis geführt haben.

Auf eine Anfrage, die wir in dieser Angelegenheit auch an den Generaldirektor der Straßenbahn-Gesellschaft Reichstagsabgeordneten Paul Sándor richteten, erklärte dieser, jede Auskunft verweigern zu müssen.

Erwähnt sei noch, daß die Kommune sich mit der Absicht trägt, bei der Stadtbahn auch den Aktienbesitz der Minorität zu erwerben.